



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Bildungsausschusses**

#### **Rahmenkonzept Demokratiebildung an Schulen**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 20/2208](#)

#### **Demokratiebildung in der Schule weiterentwickeln**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 20/2260](#)

Mit Plenarbeschluss vom 19. Juni 2024 ([Plenarprotokoll 20/60](#)) hat der Landtag die beiden Anträge an den Bildungsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Der Ausschuss hat sich am 10. Oktober 2024 mit den Anträgen befasst; zu dieser Sitzung haben die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW einen Änderungsantrag eingebracht ([Umdruck 20/3769](#)).

Im Einvernehmen mit den antragstellenden Fraktionen empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag einstimmig, die Anträge Drucksachen 20/2208 und 20/2260 für erledigt zu erklären und den nachstehenden Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

„Demokratiebildung in der Schule weiterentwickeln

Der Landtag stellt fest, dass Demokratiebildung bereits heute ein fester Bestandteil schulischer Bildung und in den Bildungs- und Erziehungszielen des Schulgesetzes sowie in allen Fachanforderungen fest verankert ist.

Mit dem Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes (Drucksache 20/1965) wurden zahlreiche schulgesetzliche Aspekte zur Förderung von Demokratiebildung wie zum Beispiel die Ausweitung der Bildungs- und Erziehungsziele sowie die Mitwirkung der Elternarbeit und der Schülervvertretung weiter gestärkt. Schule hat somit bereits heute einen gesetzlichen Rahmen für die Demokratieförderung.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich das vielfältige und vorbildliche Engagement der Schulen in unserem Land. Viele Schulen in Schleswig-Holstein engagieren sich in Netzwerkschulen wie die Europaschulen, die Zukunftsschulen, die UNESCO Projekt Schulen oder im Vorhaben Schule mit Courage/Schulen ohne Rassismus. Mit der im Land gut verankerten BNE Strategie der Landesregierung und ihrem Whole School Approach sowie der Global Citizenship Education wird zudem ein weiterer wichtiger Beitrag für die Demokratiebildung in einer global vernetzten Welt geleistet.

Demokratiebildung wird in Schule gelebt und ist über den Unterricht in den einzelnen Fächern hinaus ein wichtiger Bestandteil der schulischen Kultur in unserem Land.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass Schleswig-Holstein mit § 47 f der Gemeindeordnung die in der Bundesrepublik weitreichendsten Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche verankert hat.

Mit der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2022 und des SWK-Gutachtens „Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung“ liegen aktuelle wissenschaftliche Empfehlungen für die Förderung von Demokratiebildung in Schule vor.

Ergänzend zu den Forderungen des Beschlusses des Landtags „Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen“ (Drucksache 20/830) bittet der Landtag die Landesregierung,

- Informationen zur gesetzlichen Verankerung sowie alle vorhandenen Konzepte und Maßnahmen zur Demokratiebildung einschließlich von Best-Practice Beispielen in einem Orientierungsrahmen zusammenzufassen und mit diesem eine praxisgerechte Aufbereitung für Lehrkräfte und Schulleitungen vorzulegen,
- auf Basis der Ergebnisse der international vergleichenden International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2022 sowie des SWK-Gutachtens „Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung“ die Konzepte für Demokratiebildung an Schule zeitgemäß und wissenschaftsbasiert weiterzuentwickeln und darin auch die Empfehlungen der Kulturministerkonferenz zur Demokratiebildung aus 2018 einzubeziehen. Zielrich-

tung soll dabei im Sinne einer Theorie-Praxis-Verzahnung neben dem Erlernen von Demokratie auch das Erleben von Demokratie im Sinne einer demokratischen Schulkultur sein, damit die Schülerinnen und Schüler ein Verständnis für politische Aushandlungs- und Einigungsprozesse abseits eines binären Freund-Feind-Denkens entwickeln und die eigene und gemeinsame Gestaltungsfähigkeit der Schul- und Lebenswelt erfahren.

- die Ergebnisse der ICCS-Studie 2022 in die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte aufzunehmen und insbesondere die Angebote zu politischen Diskursen für Schülerinnen und Schüler fächerübergreifend zu stärken und damit Demokratie in der Schulgemeinschaft erlebbar zu machen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag, dass mit dem Schuljahr 2024/25 das bereits eingeführte und evaluierte Schülerfeedback für alle Schulen flächendeckend und verpflichtend umgesetzt wird.
- zu prüfen, inwieweit die seit dem Schuljahr 2024/25 zur Verfügung gestellten Ausfüllhilfen für die Tathintergründe der Datenbank zum Gewaltmonitoring (GEMON) dazu führen, dass antisemitische, extremistische und rassistische sowie Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit differenzierter erfasst werden,
- im Orientierungsrahmen für die Qualitätsentwicklung an Schulen das Thema Wohlbefinden unter Berücksichtigung der Konzepte des Growth Mindset zu integrieren und für die Schulentwicklungsberatung sowie für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften ausdrücklich zum Thema zu machen. Damit wird ein Fokus auf die Fähigkeit aller Schülerinnen und Schüler gesetzt, sich als Lernende mit Entwicklungs- und Einflussmöglichkeiten zu begreifen.
- außerschulische Lernorte mit Demokratiebezug noch besser bekannt zu machen und zu fördern. Außerschulische Lernorte können in besonderem Maße eine Auseinandersetzung mit anderen Lebenswelten sowie Positionen fördern und zu weiteren und vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten anregen.
- weitere Formate für die Steigerung von Medienkompetenz, insbesondere solche, die die Mechanismen und Herausforderungen von Social Media Plattformen verdeutlichen, in den Themenkomplex von Demokratiebildung einzubinden,
- Schulen und insbesondere die Lehrkräfte darin zu ermutigen, das kommunale Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie die Möglichkeiten politischer Partizipation in ihrem Umfeld zu fördern und Best-Practice-Beispiele zu sammeln, wie Kinder und Jugendliche sich schon heute vor Ort politisch beteiligen und sich für Kooperationen zwischen den Schülervertretungen und der kommunalen Politik einsetzen. Unser Ziel ist, durch eine aktive Kinder- und Jugendarbeit vor Ort die gleichberechtigte Teilhabe junger Menschen an demokratischen Strukturen zu fördern. Dazu ist es notwendig, dass sich Schule für die gesellschaftlichen Strukturen ihres Umfelds öffnet und auch außerschulische Akteurinnen und Akteure neben Lernen am anderen Ort durch Kooperationen und Einbeziehungen in Projektarbeiten und den regulären Fachunterricht beteiligt werden. Bei all dem nimmt Schule das politische Engagement

und Interesse von Schülerinnen und Schüler besonders in den Blick, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder anderer Merkmale bisher in den demokratischen Strukturen unterrepräsentiert sind.

- praktische Konsequenzen, die sich aus aktuellen bildungspolitischen Gegebenheiten für das Fach Wirtschaft/Politik ergeben, im Blick zu behalten. Dazu gehört zurzeit die Untersuchung der Auswirkungen der Oberstufenreform auf das Fach Wirtschaft/Politik. Wichtig ist, dass das Fach Wirtschaft/Politik nicht geschwächt werden darf.
- zu prüfen, wie Lehrkräfte im Fach Weltkunde in der zweiten Phase ausgebildet werden können,
- zu prüfen, wie das Fach Weltkunde an Gemeinschaftsschulen ab Klasse 5 zukünftig verstärkt für die Demokratiebildung genutzt werden kann, und dazu gegebenenfalls eine Anpassung der Leitfäden und Fachanforderungen vorzunehmen.“

Martin Habersaat  
Vorsitzender